



WITTENBERG-ZENTRUM FÜR GLOBALE ETHIK
WITTENBERG CENTER FOR GLOBAL ETHICS

DISKUSSIONSPAPIER NR. 2007-3
DISCUSSION PAPER NR. 2007-3

Markus Beckmann

NePAD als Selbstbindungsinstrument: Stärken und Schwächen des „African Peer Review Mechanism“

Herausgegeben vom
Edited by

Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik e.V.



Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Die Herausgeber teilen daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISSN 1862-6289

ISBN 978-3-86010-930-4

Autorenanschrift

Markus Beckmann,
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Große Steinstraße 73
06108 Halle

Email: markus.beckmann@wiwi.uni-halle.de

Korrespondenzanschrift

Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik e.V.
Collegienstraße 62
D-06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel.: +49 (0) 3491-466-257
Fax: +49 (0) 3491-466-258
Email: info@wcge.org
Internet www.wittenberg-center.org

NePAD als Selbstbindungsinstrument: Stärken und Schwächen des „African Peer Review Mechanism“

Markus Beckmann*

* Dipl.-Kulturw. Markus Beckmann, Doktorand am Lehrstuhl für Wirtschaftsethik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Kontakt: markus.beckmann@wiwi.uni-halle.de. Der vorliegende Beitrag erscheint in leicht abgeänderter Form in der Ausgabe „Unternehmergeist als zentrale Triebfeder für Kooperation und Entwicklung in Afrika“ des Forums Wirtschaftsethik, Vierteljahrszeitschrift 16. Jg. Nr. 02-03/2007.

Kurzfassung

Die afrikanische Entwicklungsinitiative NePAD hat große Erwartungen geweckt. Insbesondere dem „African Peer Review Mechanism“ (APRM), einem wechselseitigen Informations- und Kontrollmechanismus, kommt größere Aufmerksamkeit zu. In der letzten Zeit gerät der APRM jedoch in die Kritik. Mit Hilfe der Wirtschaftsethik sozialer Dilemmata zielt der vorliegende Beitrag darauf, das systematische politische Potential des APRM näher zu bestimmen. Das für Afrika charakteristische System neo-patrimonialer Herrschaft lässt sich als stabiles Unterentwicklungsgleichgewicht rekonstruieren. Das systematische Potential des APRM liegt darin, diese Rationalfalle durch eine politische Selbstbindung der herrschenden Eliten zu durchbrechen. Aufbauend auf diesen Überlegungen untersucht der Beitrag, wie der APRM in der bisherigen Umsetzung diesem Anspruch gerecht wird. Hier zeigen sich Umsetzungsdefizite. Zwar erweist sich die Bindungswirkung des APRM daher als ausgesprochen schwach. Aufgrund schwacher Staatlichkeit gibt es innerhalb vieler afrikanischer Länder jedoch oftmals keinerlei stärkeren Bindungsmechanismen. Trotz seiner Mängel kommt dem APRM daher eine wichtige Funktion zu, die es gezielt zu fördern gilt. Hierzu formuliert der Beitrag eine Reihe von Gestaltungsempfehlungen und hält abschließend fest, welche Schlussfolgerungen für die Wirtschaftsethik selbst gezogen werden können.

NePAD als Selbstbindungsinstrument: Stärken und Schwächen des „African Peer Review Mechanism“

Markus Beckmann*

Problemstellung

Bürgerkrieg, Dürren, AIDS-Waisen und wirtschaftliche Misere. Diese drängenden Probleme verweisen auf die enormen Herausforderungen Afrikas. Gleichzeitig zeichnen sie nur ein einseitiges Bild vom Schwarzen Kontinent. Denn in Afrika gibt es nicht nur Probleme. Es gibt auch Hoffnung. Dabei ist festzuhalten, dass die vielleicht ermutigendsten Ansätze *für Afrika in Afrika* selbst entstehen. Besondere Aufmerksamkeit wird zurzeit der „Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NePAD)“ zuteil. Sie steht im Mittelpunkt dieses Beitrags.

Die Beurteilungen der NePAD-Initiative fallen zum Teil weit auseinander. Befürworter begrüßen die Initiative als einen entscheidenden Schritt zur Förderung von Demokratie, guter Regierungsführung und nachhaltiger Entwicklung in Afrika. Kritiker bezweifeln dagegen, dass NePAD diese Erwartungen erfüllen wird. In ihren Augen stellt NePAD lediglich einen weiteren, wenn auch geschickten Versuch, dar, westliche Geberländer zur Zahlung zusätzlicher Entwicklungsgelder zu bewegen – die dann letztlich wieder in den Taschen der herrschenden Eliten versickern würden. Angesichts dieser widersprüchlichen Bewertungen bleibt die Frage strittig, ob – und vor allem: wie – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft das NePAD-Programm in Zukunft unterstützen sollen.

Ziel dieses Beitrags ist es, hier einen Verständigungsbeitrag mit Hilfe der Wirtschaftsethik sozialer Dilemmata zu leisten.¹ Die Argumentation erfolgt in drei Schritten. Der erste Abschnitt skizziert überblicksartig Entstehung und Inhalt der NePAD-Initiative und arbeitet heraus, in welchen Punkten sich NePAD von früheren afrikanischen Entwicklungsprogrammen grundlegend unterscheidet. Die entscheidende Neuerung, so die These, liegt hier im „African Peer Review Mechanism“ (APRM), einem auf Wechselseitigkeit angelegten Informations- und Kontrollinstrument. Der zweite Abschnitt erläutert die Bedeutung des „African Peer Review Mechanism“ aus einer wirtschaftsethischen Perspektive.

* Dipl.-Kulturw. Markus Beckmann, Doktorand am Lehrstuhl für Wirtschaftsethik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Kontakt: markus.beckmann@wiwi.uni-halle.de. Der vorliegende Beitrag erscheint in leicht abgeänderter Form in der Ausgabe „Unternehmergeist als zentrale Triebfeder für Kooperation und Entwicklung in Afrika“ des Forums Wirtschaftsethik, Vierteljahrszeitschrift 16. Jg. Nr. 02-03/2007.

¹ Die Wirtschaftsethik wird hier dezidiert als ökonomische Ethik aufgefasst. Wirtschaftsethik wählt in diesem Sinne eine kategorial andere Perspektive als beispielsweise die Medizinethik oder die Wissenschaftsethik. Solche „Bereichs“-Ethiken werden ontologisch von ihrem Gegenstand her konstituiert: als Angewandte Ethik für den Bereich Medizin oder den Bereich Wissenschaft. Der hier verwendete wirtschaftsethische Ansatz konstituiert sich dagegen nicht ontologisch – als „business ethics“ –, sondern methodologisch – als „economic ethics“: Wirtschaftsethik ist ökonomische Anreizethik. Verstanden als ein prononciert sozialwissenschaftlicher Ansatz, bietet die Wirtschaftsethik sozialer Dilemmata ein methodisches Instrumentarium, um normative Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens einer positiven Rational-Choice-Analyse zugänglich zu machen. Vgl. hierzu grundlegend Homann und Pies (1994a) sowie Homann und Pies (1994b), Pies (2000b), Suchanek (2001), Homann (2002) sowie Pies und Sardison (2006).

Die Unterentwicklung afrikanischer Staaten, so die These, lässt sich als ein Ausbeutungsspiel rekonstruieren, das den Charakter einer sozialen Falle aufweist. Alle Beteiligten bleiben unter ihren Möglichkeiten, weil an sich produktive Investitionen aufgrund fehlender Erwartungssicherheit unterbleiben. Um diese Erwartungssicherheit zu ermöglichen, bedarf es einer Selbstbindung der politisch Mächtigen. Angesichts schwacher Staatlichkeit ist eine solche Selbstbindung innerhalb der afrikanischen Einzelstaaten jedoch nur bedingt glaubwürdig. Der „African Peer Review Mechanism“ kann als ein Versuch interpretiert werden, Glaubwürdigkeit gleichsam von außen zu importieren. Der dritte Abschnitt richtet den Blick auf die tatsächliche Entwicklung des APRM. Der Beitrag identifiziert Stärken und Schwächen des APRM und diskutiert die Bedeutung der Integrität des APRM-Verfahrens, die Einbindung der Zivilgesellschaft, die Rolle externer Unterstützung sowie die Frage nach der Inklusivität des APRM-Prozesses. Der Aufsatz endet mit einem kurzen Fazit und zeichnet nach, welche Schlussfolgerungen aus den hier entwickelten Überlegungen für die Wirtschaftsethik selbst gezogen werden können.

1. *New Partnership for Africa's Development (NePAD)*

(1) Im September 2000 verständigten sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit den Millennium Development Goals auf das Ziel, die extreme Armut und den Hunger weltweit – gemessen an den Zahlen von 1990 – bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Etwa zeitgleich entstanden mit dem „Millennium Africa Plan“ des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki, dem OMEGA Plan des senegalesischen Präsidenten Abdoulaye Wade sowie dem „Compact for African Recovery“ der UN Economic Commission for Africa drei unabhängige Vorschläge für eigenständige Entwicklungsinitiativen in Afrika.² Aufbauend auf diesen Plänen initiierten im Jahr 2001 Südafrika und Senegal gemeinsam mit den Präsidenten Algeriens, Nigerias und Ägyptens den gemeinsamen Plan einer „New Partnership for Africa's Development“. Diesen ursprünglich fünf Gründungsstaaten haben sich inzwischen alle 53 Staaten der Afrikanischen Union angeschlossen.³ Der Sitz des NePAD-Sekretariats mit rund 130 Mitarbeitern liegt in Pretoria, Südafrika.⁴

Die NePAD Initiative greift die Ziele der Millennium Development Goals der Vereinten Nationen auf, formuliert aber weitergehende Entwicklungsvisionen und bietet darüber hinaus den Industriestaaten einen konkreten Entwicklungspakt an. Bereits die Pläne Mbekis und Wades hatten für eine „Afrikanische Strategie für die Globalisierung“ geworben, bei der die Hauptverantwortung für Afrikas Zukunft in erster Linie von den Afrikanern übernommen wird. Analog erkennt NePAD explizit an, dass es zunächst einmal Aufgabe der afrikanischen Staaten selbst – und nicht der internationalen Politik – sei, sich den gemeinsamen Herausforderungen zu stellen.⁵ In diesem Sinne fokussiert NePAD auf eine Reihe von Prinzipien, zu deren wichtigsten gute Regierungsführung (Good Governance), afrikanische „ownership“, Partizipation der Bevölkerung sowie regionale und kontinentale Integration gehören und die durch einen differenzierten Entwicklungsplan erreicht werden sollen. Dieser Entwicklungsplan zielt insbesondere auf eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, auf die Sicherung makroökonomischer Stabilität sowie auf ein umfangreiches Investitionsprogramm zur Schließung bestehender Infrastrukturlücken.

² Vgl. de Waal (2002; S. 466).

³ Vgl. Jakobeit (2006; S. 21) sowie <http://www.nepad.org>.

⁴ Vgl. <http://www.nepad.org>.

⁵ Dieses Bekenntnis zu afrikanischer Eigenverantwortung wird als zentrales Element der NePAD-Initiative gesehen. So z.B. Jakobeit (2006; S. 21).

(2) NePAD stellt nicht das erste ambitionierte gemeinsame Entwicklungsprogramm afrikanischer Staaten dar. Schon der „Lagos Plan of Action“ von 1977, der Abuja-Vertrag von 1991 sowie weitere Beschlüsse und Initiativen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) erklärten es zum Ziel, die wirtschaftliche und politische Kooperation, Entwicklung und Integration Afrikas entscheidend voranzutreiben. Die tatsächlichen Erfolge dieser Programme fielen jedoch ernüchternd aus. Der entscheidende Unterschied NePADs zu diesen Vorgängern liegt daher auch nicht in den angestrebten Zielen wie Wirtschaftswachstum und Stabilität, sondern vielmehr in den Mitteln und Verfahren, mit denen NePAD diese Ziele erreichen möchte. Eine wesentliche Neuerung der NePAD-Initiative und der neu gegründeten Afrikanischen Union liegt in diesem Sinne in einer Abkehr von den vormals eisernen Prinzipien der Nichtintervention und Nichteinmischung – zwei Prinzipien, die in der OAU noch als offizielle Norm galten.⁶ Im Rahmen der NePAD wird die Abkehr vom Prinzip der Nichteinmischung besonders deutlich am Instrument des „African Peer Review Mechanism“ (APRM).⁷ Dieses Informations- und Kontrollsystem beruht auf einem gegenseitigen Beurteilungsprozess, anhand dessen überprüft werden soll, inwieweit die jeweiligen Regierungen die im Rahmen der NePAD festgelegten Ziele auch tatsächlich erreichen. Die Teilnahme am APRM ist freiwillig. Im Frühjahr 2007 beteiligten sich 27 der insgesamt 53 NePAD-Mitgliedstaaten.⁸ Ein vom NePAD-Sekretariat unabhängiges APRM-Sekretariat ist für die Durchführung des APR-Prozesses verantwortlich.⁹

(3) Die Durchführung des „African Peer Review Mechanism“ ist als mehrstufiges Verfahren angedacht.¹⁰ Eine besondere Rolle kommt hier dem „Panel of Eminent Persons“ (APR Panel) zu, einer Gruppe „herausragender Persönlichkeiten“ aus verschiedenen Ländern Afrikas. Ein Land beginnt seine Teilnahme am APRM-Prozess zunächst durch die Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding“ mit dem APRM-Sekretariat in Pretoria. Dieses entsendet sodann ein Mitglied des APR Panel, das vor Ort bewertet, in welcher Form Vertreter aus Regierung, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft für das weitere Evaluierungsverfahren eingebunden werden sollen. In einem nächsten Schritt erstellen diese Vertreter eine Selbstevaluierung des betreffenden Landes („self assessment“). Unter Leitung eines Mitglieds des „Panel of Eminent Persons“ erarbeitet anschließend ein externes Überprüfungsteam (APR Team) einen eigenen Bericht. In einem letzten Schritt bespricht das externe Überprüfungsteam die Ergebnisse beider Vorberichte mit Regierungsvertretern des Landes und verfasst einen endgültigen Abschlussbericht. Dieser formuliert mit Blick auf die ermittelten Untersuchungsergebnisse Handlungsempfehlungen für die jeweiligen Regierungen und berücksichtigt abschließend, inwiefern das NePAD-Land diesen Empfehlungen nachzukommen gedenkt. Im Vergleich zu früheren Entwicklungsinitiativen wird der APRM als das innovativste und interessanteste Element der NePAD diskutiert.¹¹ Der folgende Abschnitt nutzt die Perspektive der Wirtschaftsethik, um genauer zu bestimmen, welches *systematische* Potential dieser Mechanismus für afrikanische Länder entfalten kann. Ausgehend von diesen Überlegungen, erörtert der dritte Abschnitt, inwieweit die Erwartungen an den APRM auch tatsächlich erfüllt werden (können).

⁶ Vgl. Melber (2005; S. 59).

⁷ Die Abkehr vom Prinzip der Nichtintervention kennzeichnet die neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union, die im Fall akuter Krisensituationen erstmals die Möglichkeit kollektiver Interventionen in Mitgliedstaaten vorsieht. Im Fall der schon erfolgten Interventionen in Togo, der AU-Friedensmission in Darfur sowie des ausgehandelten Rückzugs von Charles Taylor wurde von dieser Möglichkeit auch bereits Gebrauch gemacht. Vgl. Melchers (2006) sowie Eid (2006).

⁸ <http://www.nepad.org/aprm/>

⁹ Vgl. Herbert (2007; S. 69).

¹⁰ <http://www.nepad.org/aprm/>. Für eine anschauliche Beschreibung des konkreten Verfahrens im Falle des APRM-Prozesses in Kenia siehe Nyong'o (2006).

¹¹ Vgl. de Waal (2002; S. 471) sowie Jakobeit (2006; S. 22).

2. Der „African Peer Review Mechanism“ als Instrument der Selbstbindung

(1) Die Politikwissenschaft macht darauf aufmerksam, dass die Politik in vielen afrikanischen Ländern einer gänzlich anderen Logik folgt als im Ideal westlicher Demokratien. Politik in Afrika kann oftmals als Ausübung so genannter „neo-patrimonialer Herrschaft“ gekennzeichnet werden:¹² Unabhängig von den formalen politischen Strukturen wird hier Herrschaft über informale Beziehungen organisiert. Der herrschende „Patron“ – sei es in der Person eines Diktators, als Mitglied eines Clans oder als Stellvertreter einer anderen Eliten – festigt in diesem System seine Stellung, indem er Ressourcen an seine Anhänger umverteilt. Nicht die Orientierung am Gemeinwohl aller, sondern die Privilegierung der eigenen Klientel steht somit im Vordergrund der politisch Herrschenden.¹³

Dieses neo-patrimoniale System steht nicht nur in Konflikt zu (westlichen) Vorstellungen von Demokratie und guter Regierungsführung. Es wird zudem als eine entscheidende Ursache für die fehlende wirtschaftliche Entwicklung in Afrika gesehen.¹⁴ Die drohende Aussicht, dass die Früchte der eigenen Arbeit durch die herrschende Elite umverteilt werden (können), untergräbt Erwartungssicherheit und führt dazu, dass die breite Bevölkerung ihr wirtschaftliches Verhalten ändert.¹⁵ Umverteilung bezeichnet dabei nicht nur offizielle staatliche Enteignungen, sondern erfolgt auch durch die (willkürliche) Erhebung von Gebühren und Steuern oder durch die Einforderung von Korruptionszahlungen. Die Gefahr, durch solche Vorgänge in der Zukunft ausgebeutet zu werden, führt dazu, dass die Bürger in der Gegenwart lieber konsumieren anstatt zu investieren. Besonders schwerwiegend ist, dass vor allem jene Investitionen unterlassen werden, die besonders ausbeutbar, aber auch besonders produktiv sind – etwa Investitionen in leistungsfähigere Maschinen, in die Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzfläche oder in arbeitsteilige Formen der Produktion. Dies hat gravierende Folgen, denn gerade die hier unterlassenen Investitionen sind für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von zentraler Bedeutung.

Aus der Perspektive der Wirtschaftsethik führt dieses politische Ausbeutungsspiel letztlich in eine Rationalfalle: Für die herrschende Elite erscheint es rational, ihre Macht nicht einzuschränken. Für die Bevölkerung ist es rational, keine ausbeutbaren Investitionen zu tätigen. Für beide Gruppen ergibt sich somit im Ergebnis ein Zustand dauerhafter Unterentwicklung – der jedoch nachteilig für alle Beteiligten ist. Denn auch die Elite stünde besser da, wenn sie zwar ein kleineres Stück vom gesamten Kuchen erhielte, der zu verteilende Kuchen jedoch ungleich größer wäre. In einem solchen Dilemma stellen sich beide Seiten schlechter. Trotzdem erweist sich dieser Zustand als langfristig stabil, denn innerhalb dieses Ausbeutungsspiels hat keine Seite einen Anreiz, ihr Verhalten zu ändern.

(2) Eigentlich läge es im Interesse der herrschenden Elite, auf die eigene Ausbeutungsoption zu verzichten, die allgemeine Erwartungssicherheit zu erhöhen und so wechselseitig vorteilhaftes Wirtschaftswachstums zu ermöglichen. Hier zeigt sich jedoch ein entscheidendes Umsetzungsproblem. Die bloße Ankündigung der Regierung, ihre Macht einzuschränken und an die Prinzipien guter Regierungsführung zu binden, ist schlichtweg nicht glaubwürdig. Zwar hat die Regierung bzw. die dahinter stehende Elite im Voraus durchaus ein Interesse daran, ihre wachstumsverhindernde Macht einzuschränken. Sobald es jedoch tatsächlich zu einem durch diese Ankündigung bewirkten Wachstum kommt, besteht ihr Interesse im Nachhinein wieder darin, sich diese Investi-

¹² Chabal (2002; S. 450).

¹³ Vgl. Chabal (2002; S. 460).

¹⁴ Vgl. Chabal (2002; S. 453).

¹⁵ Vgl. Olson (2000).

onserträge durch Machtmissbrauch anzueignen.¹⁶ Die bloße Ankündigung, die eigene Macht nicht zu missbrauchen, ist daher nicht glaubwürdig.

Die Überwindung dieser Rationalfalle macht es daher erforderlich, dass die Regierung ihre eigene Ankündigung durch eine Selbstbindung glaubhaft macht. Eine solche Selbstbindung wird dann glaubhaft, wenn durch sie der Bruch des eigenen Versprechens für die Regierung teuer wird. Sind die Folgen eines gebrochenen Versprechens hinreichend unangenehm, dann ist es für die Regierung nicht mehr attraktiv, ihre Macht – auf teure Weise! – zu missbrauchen. Als Folge ändern auch Bevölkerung und Unternehmen ihr Verhalten und tätigen die zurückgehaltenen Investitionen.

So einfach die Lösung der Unterentwicklungsfalle in der Theorie modelliert werden kann, so schwierig gestaltet sich eine Lösung unter den empirischen Bedingungen vieler afrikanischer Staaten. Denn eine politische Selbstbindung der herrschenden Elite setzt glaubhafte und sanktionsbewehrte Bindungsmechanismen voraus. Solche Bindungstechnologien sind jedoch nicht überall verfügbar, sondern erfordern sehr voraussetzungsreiche Institutionen.¹⁷ Zwei Punkte mögen illustrieren, dass viele Problemlösungsverfahren, die beispielsweise in westlichen Demokratien gut funktionieren, unter den politischen Bedingungen in Afrika oft nur begrenzt anwendbar sind. Erstens kann die Selbstbindung einer Regierung glaubhaft sein, wenn sie im Falle eines gebrochenen Versprechens mit massiven Protesten aus der Zivilgesellschaft rechnen muss. Dies setzt unabhängige Medien, gut organisierte Bürgerinteressen und weitgehende politische Freiheiten voraus – Bedingungen, die in vielen Entwicklungsländern oft gerade *nicht* gegeben sind. Auch die Sanktionswirkung von Wahlen ist eingeschränkt, wenn diese nicht frei und unabhängig durchgeführt werden. Zweitens können Regierungen in einer westlichen Demokratie auf den Verfassungsstaat und eine funktionierende Gewaltenteilung zurückgreifen. Selbstbindungen der Regierung sind hier in Form von Recht oder Verfassungsänderungen möglich, die durch Instanzen wie etwa die Verfassungsgerichte durchgesetzt werden. In vielen afrikanischen Staaten sind diese formalen politischen Institutionen, die zuallererst Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Verfassungsgerichtsbarkeit ermöglichen sollen, jedoch ausgesprochen schwach.¹⁸ Selbstbindungen durch Recht sind hier nur bedingt glaubhaft. Die scheinbar unbegrenzte Macht der herrschenden Elite erweist sich hier letztlich als Ohnmacht.

Vor diesem Hintergrund kann nun abschließend das besondere Potential des „African Peer Review Mechanism“ gewürdigt werden. Zugespitzt formuliert, erwächst die relative Stärke dieses länderübergreifenden Informations- und Kontrollsystems aus der ausgeprägten Schwäche der internen Bindungsfähigkeit afrikanischer Staaten. Nach Jahrzehnten von Korruption und autokratischem Machtmissbrauch stehen selbst progressive Regierungen vor dem Problem, ihre Reformanstrengungen glaubhaft zu machen. Angesichts fehlender geeigneter Bindungsmöglichkeiten innerhalb ihrer Staaten lässt sich der „African Peer Review Mechanism“ als der innovative Versuch politischer Entrepreneurs werten, aus dem eigenen Land herauszutreten und Glaubwürdigkeit gleichsam von außen zu importieren.

¹⁶ Vgl. Pies und Voigt (2006; S. 162).

¹⁷ Vgl. Beckmann und Pies (2007).

¹⁸ Vgl. Chabal (2002; S. 460).

3. Stärken und Schwächen des APRM

Betrachtet man den „African Peer Review Mechanism“ als Mechanismus politischer Selbstbindung, kann man mit Blick auf dieses Potential gezielt die Stärken und Schwächen in seiner tatsächlichen Umsetzung in den Blick nehmen.

(1) Kritiker bemängeln, dass der APRM im Falle einer Nichtbeachtung der Prinzipien guter Regierungsführung keinerlei harte Sanktionen vorsieht.¹⁹ In der Tat hebt NePAD selbst hervor, dass der Peer Review nicht als Bestrafungsinstrument, sondern als Lern- und Korrekturmechanismus gedacht ist.²⁰ Die mögliche Bindungswirkung des APRM beruht daher primär auf einem Reputationsmechanismus, der über „naming und shaming“ weichen Druck erzeugt.²¹ Aus diesem Grund kommt der Integrität und Transparenz des APRM-Prozesses eine zentrale Bedeutung zu. Hier zeigt sich eine Reihe von Schwächen in der bisherigen Umsetzung des APRM. Erstens verweisen Kritiker darauf, dass bereits die personelle Besetzung wichtiger Positionen im NePAD- und APRM-Prozess die Glaubwürdigkeit des Verfahrens untergrabe. So umfasse das NePAD Heads of State Implementing Committee (HSIC), das unter anderem den endgültigen APRM-Länderbericht billigt, mit Paul Biya (Kamerun), Denis Sassou-Nguesso (Kongo) und Omar Bongo (Gabun) eine Reihe von Staatsführern, die ihrerseits die Grundsätze von Good Governance und Demokratie massiv missachteten.²²

Als zweite Schwäche werden strukturelle Defizite des APR-Verfahrens genannt. In der Anwendung erweist sich dieser Prozess als vergleichsweise kompliziert und zeitaufwendig. Gleichzeitig fehlen dem APRM-Sekretariat ausreichende Kapazitäten, um die Monitoring-Prozesse innerhalb der vorgesehenen Zeitpläne tatsächlich umzusetzen. Eine dritte Schwäche wird darin gesehen, dass die betroffenen Regierungen großen Einfluss auf den APRM-Prozess in ihrem Land ausüben können. In der Tat haben zahlreiche Regierungen das Mandat und den Anwendungsbereich des APRM auf ihr Land stark eingeschränkt.²³ Durch die mangelnde Ausstattung des APRM mit finanziellen Ressourcen ergibt sich eine zusätzliche Abhängigkeit von der jeweils zu beurteilenden Regierung.²⁴ Auch sieht der APRM-Fahrplan vor, dass die Regierungen bei der Erstellung des Abschlussberichts intensiv eingebunden werden.²⁵ Die Unabhängigkeit dieses Dokuments erscheint somit zweifelhaft. Darüber hinaus steht es den Regierungen am Ende frei zu entscheiden, ob der Abschlussbericht überhaupt veröffentlicht werden darf.²⁶ Unliebsame Ergebnisse können so unter Verschluss gehalten werden.

Trotz der berechtigten Kritik kann der vorhandene Freiheitsraum der zu beurteilenden Regierung jedoch nicht nur als Schwäche, sondern auch als eine mögliche Stärke des APRM gewertet werden. So haben sich mit Ghana, Ruanda und Mauritius die ersten Länder, die den APRM-Prozess durchlaufen, freiwillig darauf verpflichtet, nicht nur den von der Regierung möglicherweise geschönten Abschlussbericht, sondern auch die unter Einbindung der Zivilgesellschaft erstellte Selbstevaluierung des betreffenden Landes sowie den Bericht des externen Überprüfungssteams zu veröffentlichen.²⁷ Aufgrund der

¹⁹ Vgl. Taylor (2005; S. 12).

²⁰ So erklärt der NePAD-Internet-Auftritt: „The APRM is not meant to exclude or punish countries. There is no conditionality attached to the mechanism“. <http://www.nepad.org/aprm/>.

²¹ Vgl. Jakobeit (2006; S. 22).

²² In gleicher Weise wird die Unabhängigkeit der Mitglieder des „Eminent Persons panel“ in Frage gestellt. Vgl. Taylor (2005; S. 7-9 und S.16).

²³ Vgl. Melber (2006; S. 160).

²⁴ Vgl. Taylor (2005; S. 12) sowie Herbert (2007; S. 70).

²⁵ Vgl. NEPAD Sekretariat (2003, 2007).

²⁶ Vgl. Taylor (2005; S. 11).

²⁷ Vgl. Melchers (2006; S. 3).

Freiwilligkeit dieser Maßnahme stellt diese Selbstverpflichtung ein zusätzliches Signal dar, den Reformprozess tatsächlich ernst zu nehmen, und kann helfen, die Bindungswirkung des APRM für diese Länder sogar zu erhöhen.

(2) Interpretiert als Selbstbindungsinstrument, zielt der APRM vor allem darauf, die eigene Bevölkerung sowie in- wie ausländische Unternehmen von der Glaubwürdigkeit der angekündigten Good-Governance-Reformbemühungen zu überzeugen. Die Tatsache, dass NePAD jedoch zunächst in erster Linie den westlichen Geberländern, aber kaum der eigenen Bevölkerung präsentiert wurde, weckt Zweifel an der Glaubwürdigkeit des NePAD-Projekts.²⁸ NePAD, so der Vorwurf, stelle ein von der breiten Bevölkerung kaum wahrgenommenes Elitenprojekt dar.²⁹ Für die verbreitete Forderung, die Zivilgesellschaft vor Ort aktiver in den NePAD- und insbesondere den APRM-Prozess einzubinden, spricht folglich gleich eine Reihe von Gründen. Erstens hilft die Einbindung der Zivilgesellschaft, die Informationsbasis und Qualität der Länderberichte zu verbessern. Zweitens erhöht die Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure die Legitimität und Glaubwürdigkeit dieser Berichte.³⁰ Zuguterletzt bringt gerade die gezielte Einbindung der Bevölkerung das eigentliche Potential der Selbstbindung zur Geltung: Die Partizipation der Zivilgesellschaft stellt das vielleicht wirksamste Instrument dar, die Ernsthaftigkeit der eigenen Reformbemühungen gerade gegenüber jener Zielgruppe zu dokumentieren, der Erwartungssicherheit signalisiert werden soll: der eigenen Bevölkerung.³¹

(3) Versteht man den APRM als afrikanischen Selbstbindungsmechanismus, lautet eine entscheidende Frage, ob – und wenn ja: wie – die Industriestaaten NePAD und den APRM-Prozess aktiv unterstützen sollen. Hier lassen sich drei Punkte feststellen.

Erstens können die Industriestaaten helfen, die Kapazitäten des APRM zu stärken und so die Effektivität dieses Bindungsmechanismus zu erhöhen. Denkbar sind hier ein gezielter Wissenstransfer, logistische Unterstützung, die Bereitstellung finanzieller Ressourcen für das APRM-Sekretariat, die Schulung und Weiterbildung von APRM-Mitarbeitern und zivilgesellschaftlichen Vertretern sowie der Aufbau von Systemen zur Datenerfassung und Datenverarbeitung.³² Je verlässlicher der APRM als „Bindungstechnologie“ ist, desto eher besteht für afrikanische Eliten Planungs- und Erwartungssicherheit, um dieses Instrument zu nutzen.

Zweitens gilt es, NePAD als einen dezidiert politischen (Lern-)Prozess zu unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen G8- und NePAD-Staaten entfaltet hier eine wichtige Ankerfunktion. Die Rückbindung an die internationale Gemeinschaft kann die Einhaltung der angekündigten Selbstbindungen mit zusätzlichem weichem Druck flankieren. Diese politischen Gespräche sollten auf absehbare Zeit fortgesetzt werden.³³

Der dritte und wohl umstrittenste Punkt betrifft die Vergabe wirtschaftlicher Hilfe. Hier gibt es unterschiedliche Ansichten. Die einen argumentieren, dass es eines „big push“ bedarf, also eines Schubs deutlich aufgestockter Entwicklungshilfe, um die Reformbemühungen in Afrika wirksam zu unterstützen.³⁴ Andere halten entgegen, dass die Fokussierung auf die Beseitigung wirtschaftlicher Defizite den NePAD-Prozess entpolitisiert

²⁸ So bemerkt de Waal (2002; S. 463): „But few [of the NePAD leaders] have taken the trouble to explain to their citizens the basic principles of NePAD, an omission that has led to much speculation about its purpose and content.“

²⁹ Jakobeit (2006; S. 25).

³⁰ Melber (2006; S. 161).

³¹ In diesem Sinne wäre analog zu überlegen, wie auch nationale wie multinationale Unternehmen (stärker) in den Prozess des APRM eingebunden werden können.

³² Vgl. Pies und Voigt (2006; S. 167).

³³ Vgl. Eid (2006; S. 28).

³⁴ Im Bereich der Politik ließe sich dieser Ansatz in den letzten Jahren tendenziell etwa der britischen Regierung zuschreiben. Für einen prominenten Befürworter aus der Wissenschaft vgl. Sachs (2005).

und so dessen eigentliches Potential gefährdet.³⁵ Einige Skeptiker bezweifeln von vorneherein dieses Potential und sehen in NePAD lediglich den (geschickten) Versuch, das alte Geber-Empfänger-Schema unter einer neuen Überschrift fortzusetzen.³⁶

Hier ist eine differenzierte Betrachtung nötig. Die bisher entwickelten Überlegungen verdeutlichen, dass für die Umsetzung von Good Governance nicht nur das *Wollen* der Regierung, sondern auch ihr *Können* von entscheidender Bedeutung ist. Die differenzierte Frage lautet daher: Wie kann wirtschaftliche Hilfe die Selbstbindungswirkung des APRM unterstützen? Aus dieser Sicht ist die Strategie eines „big push“ kritisch zu betrachten. Die (unkonditionierte) Zuführung beträchtlicher Entwicklungsgelder schafft Anreize, sich diese zusätzlichen Ressourcen durch Machtmissbrauch anzueignen. Gleichzeitig mindert die Aussicht auf ein von außen erzeugtes Wachstum für die Regierung den Anreiz, sich selbst so zu binden, dass eigenes Wachstum möglich wird. Die Strategie eines „big push“ birgt folglich die Gefahr, die bestehenden politischen Unterentwicklungsstrukturen langfristig sogar zu stabilisieren.³⁷

Welche Möglichkeiten gibt es nun, die Selbstbindungswirkung des APRM durch wirtschaftliche Unterstützung zu flankieren? Hier kommen eine direkte und eine indirekte Strategie in Betracht. Die direkte Strategie besteht in der Zahlung von konditionierten Entwicklungsgeldern. Zwar konditionieren internationale Geberinstitutionen ihre Vergabe von Entwicklungsgeldern bereits seit Jahren. Hier mehren sich jedoch Zweifel hinsichtlich der Effektivität und Legitimation dieser von außen vorgegebenen Konditionen.³⁸ Der APRM kann einen Ansatz bieten, effektivere Kriterien für die Vergabe zusätzlicher Entwicklungsgelder aus den betroffenen Staaten selbst zu entwickeln.

Die indirekte, langfristig wohl aber wirksamere Strategie besteht darin, die Bedingungen für eigenes Wirtschaftswachstum in den APRM Ländern zu stärken. Je stärker hier die Aussicht auf ein durch Good Governance herbeigeführtes eigenes Wirtschaftswachstum, desto größer ist für die regierende Elite der Anreiz, dieses Wachstum durch eine Selbstbindung anzuregen. Hilft der APRM-Prozess hier, glaubhaft „best practices“ zu identifizieren, ist insbesondere zu denken an einen verbesserten Marktzugang für die Produkte dieser Staaten, die Vergabe von Mikrokrediten oder die Berücksichtigung der APRM-Ergebnisse in internationalen Länderrankings, da diese wichtige Informationen für multinationale Investitionen bereitstellen.³⁹

(4) Abschnitt 2 hat gezeigt, dass eine Selbstbindung im wohlverstandenen Eigeninteresse der herrschenden Elite liegt. So weit so gut. Wie die Praxis jedoch zeigt, nutzen keineswegs alle afrikanischen Staaten diesen Vorteil der Selbstbindung. Im Gegenteil. Rund die Hälfte aller Staaten hat es vorgezogen, sich dem APRM gar nicht erst anzuschließen.⁴⁰ Hier können drei sich ergänzende Erklärungen entwickelt werden.

Erstens stellt der APRM ein (noch) sehr schwaches Bindungsinstrument dar. In Staaten, in denen die Glaubwürdigkeit der Elite aufgrund langjähriger Korruption, Bürgerkrieg

³⁵ So etwa Eid (2006).

³⁶ Vgl. statt vieler Chabal (2002; S. 462): „NEPAD must, in large measure at least, be understood as a commitment on the part of the current (and not so new) elites in Africa to the present ‘democratic orthodoxy’ in order to guarantee a transfer of resources to Africa: a continuation with, rather than a break from, the type or relations that has guided the continent’s engagement with the international community since independence.”

³⁷ Vgl. Pies und Voigt (2006; S. 163) sowie Easterly (2006).

³⁸ So bemerkt de Waal (2002; S. 475): „The rationale for the APR is that Africa should move away from donor-imposed conditionalities, which have been found to be ineffective, inefficient and burdensome, towards mutual accountability among development partners”.

³⁹ Vgl. Pies und Voigt (2006; Fußnote 20, S. 169).

⁴⁰ So haben es bis März 2007 26 NePAD-Staaten vorgezogen, dem APRM (noch) gar nicht beizutragen. In der Gruppe der APRM-Staaten hat wiederum nur eine Minderheit den Stand der reinen Absichtserklärung hinter sich gelassen und treibt den APRM-Prozess tatsächlich voran.

und Misswirtschaft besonders gering ist, kann die mit dem APRM verbundene Sanktionswirkung – aus Sicht der eigenen Bevölkerung! – schlichtweg zu schwach sein, um die Bevölkerung vom Reformwillen der Regierung zu überzeugen. In diesem Fall würde sich die Regierung durch eine – von der Bevölkerung nicht als glaubwürdig empfundene – Selbstbindung jedoch schlechter stellen: Sie würde ihrem Macht einschränken, ohne jedoch in den Genuss des Wirtschaftswachstums zu kommen.

Zweitens hängt die Vorteilhaftigkeit einer Selbstbindung der Regierung von der Aussicht ab, von eigenem Wirtschaftswachstum zu profitieren. Sieht die Regierung hier jedoch gar kein Potential für Wirtschaftswachstum (etwa aufgrund fehlenden Marktzugangs, der AIDS-Pandemie oder gewalttätiger Konflikte), verliert die eigene Selbstbindung an Attraktivität.

Der dritte Punkt ist politisch besonders sensibel. In diesem Fall unterminiert ausgerechnet das System von Entwicklungshilfe den Anreiz, sich – etwa durch den APRM – selbst zu binden. Werden Entwicklungsgelder, von denen die Elite etwa durch Korruption profitiert, vor allem dann gezahlt, wenn es der Bevölkerung besonders schlecht geht, erfährt die herrschende Elite einen starken Anreiz, den Zustand dauerhafter Armut gar nicht zu ändern.⁴¹

(5) Einige Beobachter argumentieren, dass der Erfolg des APRM davon abhängt, dass nicht nur einige, sondern alle NePAD-Mitglieder diesem Verfahren beitreten.⁴² Die hier entwickelten Überlegungen legen eine andere Lesart nahe. Nicht die Inklusivität des APRM, sondern gerade dessen Exklusivität ist zentrale Voraussetzung für eine möglichst hohe Bindungswirkung. Erklärt man den APRM für alle Staaten für verbindlich, dann wird sich als Standard ein kleinster gemeinsamer Nenner durchsetzen. Ist es dagegen einer Vorreitergruppe möglich, zunächst höhere Standards zu entwickeln, und führt diese Selbstbindung zu sichtbaren Erfolgen, dann steigt die Attraktivität des APRM langfristig auch für andere Länder.

Eine differenzierte Anwendung des APRM eröffnet zudem die Möglichkeit, zu einer zentralen Gründungsidee der NePAD zurückzukehren. Eine entscheidende Neuerung der ursprünglichen NePAD-Konzeption lag darin, etwa im Gegensatz zur Afrikanischen Union die NePAD-Mitgliedschaft erstmals von einer Reihe inhaltlicher Kriterien wie etwa Good Governance abhängig zu machen.⁴³ Aus politischen Gründen wurde dieses Prinzip der Exklusivität Schritt für Schritt aufgehoben und am Ende sämtliche Länder – Demokratien wie Diktaturen – aufgenommen.⁴⁴ NePADs anfänglicher Anspruch, die Reformkräfte Afrikas zu bündeln, hat damit an Glaubwürdigkeit verloren. Gerade die Freiwilligkeit des APRM bietet den reformorientierten Staaten eine alternative Arena, eine Vorreiterrolle zu übernehmen und so eine Reform-Gruppe innerhalb der NePAD-Strukturen zu bilden.

⁴¹ Vgl. Pies und Voigt (2006; S. 168) sowie Easterly (2006).

⁴² So kritisiert beispielsweise Jakobeit (2006; S. 23) die Tatsache, dass es „die eigentlichen Problemfälle, wie z.B. Simbabwe, DR Kongo oder Elfenbeinküste, vorgezogen haben, sich dem APRM gar nicht erst anzuschließen. Letztlich wird die Entscheidung über Erfolg oder Scheitern des APRM davon abhängen, ob alle Staaten des Kontinents APRM beitreten.“

⁴³ Vgl. de Waal (2002; S. 469).

⁴⁴ Vgl. etwa Taylor (2005; S. 9).

4. Fazit und Ausblick

(1) Die „New Partnership for Africa’s Development“ und insbesondere der „African Peer Review Mechanism“ haben hohe Erwartungen geweckt. Kritiker halten diese Erwartungen für unberechtigt. Sie argumentieren, dass zunächst die politischen Strukturen innerhalb der einzelnen Länder reformiert werden müssten, bevor ein länderübergreifender Prozess wie NePAD erst gelingen könne.⁴⁵

Mit Hilfe der Wirtschaftsethik sozialer Dilemmata hat der vorliegende Beitrag eine andere Sichtweise entwickelt. Aus dieser Perspektive lässt sich das Verhältnis von innerstaatlichen Reformen und kollektiven Initiativen wie dem APRM genau andersherum begreifen. Die für viele afrikanischen Länder typischen politischen Strukturen weisen den Charakter eines Ausbeutungsspiel auf. Hier untergräbt die ungebundene Macht der Herrschenden Erwartungssicherheit und verhindert so Investitionen durch Unternehmen und Bevölkerung. Sowohl Bevölkerung als auch die Herrscherelite bleiben unter ihren Möglichkeiten. Vor diesem Hintergrund lässt sich der „African Peer Review Mechanism“ als ein Instrument der Selbstbindung interpretieren: als Mechanismus, um Reformanstrengungen glaubwürdig zu machen, Investitionen der eigenen Bevölkerung anzuregen und so nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Für das Verhältnis der Reformen gilt daher: Gerade die länderübergreifende politische Selbstbindung durch den APRM unterstützt den Einstieg in ein produktiveres innerstaatliches Spiel, das nationale politische Reformen überhaupt erst anreizkompatibel macht.

So elegant der APRM aus Sicht der Theorie als eine politische Selbstbindung rekonstruiert werden kann, so kritisch zu betrachten ist seine bisherige Ausgestaltung in der Praxis. In der tatsächlichen Umsetzung bietet der APRM (bis jetzt) nur einen schwachen Bindungsmechanismus. Harte Sanktionen fehlen völlig. Um daher überhaupt eine nennenswerte Wirkung entfalten zu können, bedarf es größtmöglicher Integrität und Glaubwürdigkeit des APRM. In dieser Hinsicht zeigt sich jedoch eine ganze Reihe von Problemen, angefangen von der zweifelhaften Integrität einiger APRM-Mandatsträger, über weitgehende Manipulationsmöglichkeiten der betroffenen Regierungen beim Erstellen der APRM-Berichte bis hin zu einer mangelnden Einbindung der Zivilgesellschaft vor Ort.

Es wäre allerdings verfehlt, den APRM daran zu messen, wie eine perfekte Selbstbindung in der Theorie aussähe. Entscheidend sind vielmehr die relevanten Alternativen. Hier gilt es einem zentralen Umstand Rechnung zu tragen: Aufgrund fehlender institutioneller Strukturen existieren in vielen Staaten Afrikas effektive Bindungsmöglichkeiten nur in begrenzter Form. Der Verfassungsstaat besteht oftmals nur auf dem Papier; die Bindungswirkung von Recht ist eingeschränkt; zivilgesellschaftliche Kontrollmechanismen sind unterentwickelt. Angesichts des Fehlens geeigneter innerstaatlicher Bindungsmöglichkeiten erweist sich der APRM zwar als ein durchaus mit eklatanten Mängeln behaftetes Instrument, aber letztlich als der zurzeit innovativste und unterstützungswürdigste Versuch, afrikanische Reformbemühungen zu stärken.

Der „African Peer Review Mechanism“ ist daher als eine tatsächlich wichtige Innovation zu begrüßen. In einigen (wenigen) Ländern hat er bereits substantiell dazu beigetragen, eine intensive Reformdebatte voranzutreiben.⁴⁶ Trotzdem ist es angebracht, weder NePAD noch den APRM-Prozess mit Erwartungen zu überfrachten. Insbesondere wäre es dem Prozess abträglich, erwarten zu wollen, dass der APRM sofort und für sämtliche

⁴⁵ Vgl. beispielsweise Taylor (2005) und sein Beitrag mit dem Titel „Can NEPAD succeed without prior political reform?“.

⁴⁶ Vgl. Herbert (2007; S. 69) sowie Nyong’o (2006).

NePAD-Ländern eine reformunterstützende Wirkung entfalten kann. Um das Innovationspotential des APRM zur Geltung zu bringen, erscheint es sinnvoll, dass zunächst eine kleine, aber reformbereite Avantgarde-Gruppe voranschreiten darf. Stellt sich der Erfolg ihrer Reformbemühungen erst einmal ein, mögen andere folgen.

(2) Der vorliegende Aufsatz hat skizziert, wie die Wirtschaftsethik sozialer Dilemmata einen Beitrag zur Diskussion über die „New Partnership for Africa’s Development“ leisten kann. Diese Überlegungen leiten jedoch auch dazu an, wichtige Einsichten für die Wirtschaftsethik selbst festzuhalten. Hier sind folgende Punkte zu nennen.

- Die moralisch intendierte Gewährung von Entwicklungsgeldern kann kontraproduktiv sein, wenn davon Fehlanreize ausgehen. Um Fehlschlüsse zu vermeiden, ist daher die Analyse der empirischen Bedingungen unabdingbar. Dies gilt insbesondere für die Übertragung westlicher Vorstellungen von Demokratie oder Entwicklung auf afrikanische Gesellschaften.
- Das Beispiel von NePAD verdeutlicht die gesellschaftliche Bedeutung von Entrepreneurs. Gesellschaft kann als ein Spiel betrachtet werden, dessen Qualität von der Eignung seiner Spielregeln abhängig. Diese Spielregeln sind in vielen afrikanischen Staaten verbesserungsbedürftig. Die NePAD-Initiative lässt sich hier als Beispiel für politisches und soziales Entrepreneurship verstehen: Statt ein gegebenes Spiel besser zu spielen, ‚unternehmen‘ Entrepreneurs innovative Anstrengungen, um ein *besseres* Spiel zu spielen.
- Moralische Bindungen können produktiv sein. Sie bieten einen wichtigen Ansatz, um Eigeninteresse und Fremdinteressen in Harmonie zu bringen. Um solche Bindungen überhaupt eingehen zu können, bedarf es geeigneter Bindungstechnologien. Der APRM verdeutlicht, dass Bindungen nicht im luftleeren Raum erfolgen (können!). Vielmehr kommt gesellschaftlichen Institutionen eine entscheidende Rolle zu. Sie beeinflussen, welche Bindungsformen möglich sind. Verantwortungsfähigkeit erweist sich in diesem Sinne nicht als unveränderlich gegeben, sondern als gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe.
- Diese Überlegungen erlauben es, eine weitere Dimension der moralischen Qualität von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft in den Blick zu nehmen: Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft stellen ein differenziertes Instrumentarium höchst leistungsfähiger Institutionen bereit, die die Verantwortungsfähigkeit von Privatpersonen, Politikern, Staaten und Unternehmen systematisch erhöhen. Erst diese institutionell gestützte Bindungs- und Verantwortungsfähigkeit ermöglicht es selbstbestimmten Akteuren, ihre Freiheitsräume in einer wechselseitig vorteilhaften Weise zu nutzen.

Literatur

- Beckmann, Markus und Ingo Pies (2007): Responsibility and Economics, Diskussionspapier Nr. 2007-6 des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, hrsg. von Ingo Pies, Halle.
- Chabal, Patrick (2002): The quest for good government and development in Africa: is NEPAD the answer?, in: International Affairs 78(3), S. 447-462.
- de Waal, Alex (2002): What's new in the 'New Partnership for Africa's Development'?, in: International Affairs 78(3), S. 463-475.
- Easterly, William (2006): The White Man's Burden: Why the West's Efforts to Aid the Rest Have Done So Much Ill and So Little Good, New York.
- Eid, Uschi (2006): Afrikas Reformbemühungen ernst nehmen, in: eins. Entwicklungspolitik Information Nord-Süd 2006(1-2), S. 26-29.
- Herbert, Ross (2007): The strengths and weaknesses of NePAD, in: The Africa Report vom, N°5, S. 68-70.
- Homann, Karl (2002): Vorteile und Anreize, Tübingen.
- Homann, Karl und Ingo Pies (1994a): Wie ist Wirtschaftsethik als Wissenschaft möglich? Zur Theoriestrategie einer modernen Wirtschaftsethik, in: Ethik und Sozialwissenschaften 5(1), S. 94-108.
- Homann, Karl und Ingo Pies (1994b): Wirtschaftsethik in der Moderne: Zur ökonomischen Theorie der Moral, in: Ethik und Sozialwissenschaften 5(1), S. 3-12.
- Jakobeit, Cord (2006): Fünf Jahre NEPAD, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 32-33, S. 21-25.
- Melber, Henning (2006): Glaubhaft geteilte Verantwortung?, in: Entwicklung und Zusammenarbeit e + z 47(4), S. 160-162.
- Melchers, Konrad (2006): Editorial, in: eins. Entwicklungspolitik Information Nord-Süd 2006(1-2), S. 3.
- NEPAD Sekretariat. (2003) „The African Peer Review Mechanism (APRM)“, Zugriff am 27.02.2007 unter <http://www.nepad.org>.
- Nyong'o, Anyang (2006): Lohnenswert - Der Prozess des kenianischen „Peer Review“, in: eins. Entwicklungspolitik Information Nord-Süd 2006(1-2), S. 30-31.
- Olson, Mancur (2000): Power and Prosperity. Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorships, New York.
- Pies, Ingo (2000): Wirtschaftsethik als ökonomische Theorie der Moral – Zur fundamentalen Bedeutung der Anreizanalyse für ein modernes Ethikparadigma, in: Wulf Gaertner (Hrsg.): Wirtschaftsethische Perspektiven V. Methodische Ansätze, Probleme der Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit, Ordnungsfragen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 228/V, Berlin 2000, S. 11-33.
- Pies, Ingo und Markus Sardison (2006): Wirtschaftsethik, in: Knoepffler, Nikolaus, Peter Kunzmann, Ingo Pies und Anne Siegetsleitner (Hrsg.): Einführung in die Angewandte Ethik, Freiburg, S. 267-298.
- Pies, Ingo und Cora Voigt (2006): Demokratie in Afrika – Eine wirtschaftsethische Stellungnahme zur Initiative „New Partnership for Africa“ (NePAD), in: Udo Ebert (Hrsg.): Wirtschaftsethische Perspektiven VIII. Grundsatzfragen, Unternehmensethik, Institutionen, Probleme internationaler Kooperation und nachhaltiger Entwicklung, Berlin, S. 153-172.
- Sachs, Jeffrey D. (2005): The End of Poverty: Economic Possibilities of our Time, New York.
- Suchanek, Andreas (2001): Ökonomische Ethik, Tübingen.
- Taylor, Ian (2005): Can NEPAD Succeed Without Prior Political Reform? Danish Institute for International Studies Working Paper 23, Copenhagen.

WITTENBERG-ZENTRUM FÜR GLOBALE ETHIK
WITTENBERG CENTER FOR GLOBAL ETHICS

DISKUSSIONSPAPIERE
DISCUSSION PAPERS

- Nr. 03-1 **Ingo Pies**
WELT-GESELLSCHAFTS-VERTRAG: Auf dem Weg zu einer
ökonomisch fundierten Ethik der Globalisierung
- Nr. 03-2 **Ingo Pies**
GLOBAL SOCIAL CONTRACT
On the road to an economically-sound Ethics of Globalization
- Nr. 03-3 **Ingo Pies**
Weltethos versus Weltgesellschaftsvertrag – Methodische Wei-
chenstellungen für eine Ethik der Globalisierung
- Nr. 03-4 **Karl Homann**
Braucht die Wirtschaftsethik eine „moralische Motivation“?
- Nr. 03-5 **Johanna Brinkmann, Ingo Pies**
Der Global Compact als Beitrag zu Global Governance:
Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 03-6 **Ingo Pies**
Sozialpolitik und Markt: eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 03-7 **Ingo Pies**
Korruption: Diagnose und Therapie aus wirtschaftsethischer
Sicht
- Nr. 04-1 **Ingo Pies, Markus Sardison**
Ethik der Globalisierung: Global Governance erfordert einen
Paradigmawechsel vom Machtkampf zum Lernprozess
- Nr. 04-2 **Ingo Pies, Cora Voigt**
Demokratie in Afrika – Eine wirtschaftsethische Stellungnahme
zur Initiative
„New Partnership for Africa’s Development“ (NePAD)
- Nr. 04-3 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Ge-
sellschaftspolitik - Der Beitrag Milton Friedmans
- Nr. 04-4 **Henry Meyer zu Schwabedissen, Ingo Pies**
Ethik und Ökonomik: Ein Widerspruch?

- Nr. 04-5 **Ingo Pies**
Wirtschaftsethik als Beitrag zur Ordnungspolitik – Ein interdisziplinäres Forschungsprogramm demokratischer Politikberatung
- Nr. 04-6 **Karl Homann**
Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Philosophische, gesellschaftstheoretische und ökonomische Überlegungen
- Nr. 04-7 **Andreas Suchanek**
Überlegungen zu einer interaktionsökonomischen Theorie der Nachhaltigkeit
- Nr. 04-8 **Thomas Fitschen**
Der „Global Compact“ als Zielvorgabe für verantwortungsvolles Unternehmertum – Idee mit Zukunft oder Irrweg für die Vereinten Nationen?
- Nr. 04-9 **Markus Beckmann, Thomas Mackenbrock, Ingo Pies, Markus Sardison**
Mentale Modelle und Vertrauensbildung – Eine wirtschaftsethische Analyse
- Nr. 04-10 **Ingo Pies**
Nachhaltige Politikberatung: Der Ansatz normativer Institutionenökonomik
- Nr. 04-11 **Markus Beckmann, Johanna Brinkmann, Valerie Schuster**
10 Thesen zu Corporate Citizenship als Ordnungsverantwortung – Ein interaktionsökonomisches Forschungsprogramm
- Nr. 04-12 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Sustainability by Corporate Citizenship
- Nr. 04-13 **Ingo Pies, Alexandra von Winning**
Wirtschaftsethik
- Nr. 04-14 **Markus Sardison**
Macht - eine interaktionsökonomische Betrachtung
- Nr. 05-1 **Johanna Brinkmann, Ingo Pies**
Corporate Citizenship: Raison d'être korporativer Akteure aus Sicht der ökonomischen Ethik
- Nr. 05-2 **Ingo Pies, Markus Sardison**
Wirtschaftsethik
- Nr. 05-3 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Karl Marx

- Nr. 2005-4 **Andreas Suchanek**
Is Profit Maximization the Social Responsibility of Business?
Milton Friedman and Business Ethics
- Nr. 2006-1 **Karl Homann**
Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in der globalisierten Welt: Handlungsverantwortung – Ordnungsverantwortung – Diskursverantwortung
- Nr. 2006-2 **Doris Fuchs**
Private Actors in Tropical Deforestation Governance
- Nr. 2006-3 **Karl Homann**
Wirtschaftsethik: ökonomischer Reduktionismus?
- Nr. 2006-4 **Karl Homann**
Competition and Morality (Wettenberb und Moral 1990)
- Nr. 2006-5 **Karl Homann**
The Sense and Limits of the Economic Method in Business Ethics (Sinn und Grenze der ökonomischen Methode in der Wirtschaftsethik 1997)
- Nr. 2006-7 **Andreas Suchanek, Nick Lin-Hi**
Eine Konzeption unternehmerischer Verantwortung
- Nr. 2006-8 **Ingo Pies**
Entrepreneurial spirit and the logic of commitment –
A vision for NePAD
- Nr. 2006-9 **Ingo Pies**
Unternehmergeist und die Logik produktiver Bindungen –
eine Vision für NePAD
- Nr. 2006-10 **Karl Homann**
Changing Paradigm Fostering Entrepreneurial Spirit (Deutsche Version)
- Nr. 2006-11 **Karl Homann**
Changing Paradigm Fostering Entrepreneurial Spirit
- Nr. 2007-1 **Herman Bailey**
Entrepreneurial spirit as Crucial driver for Development and Co-operation
- Nr. 2007-2 **Dominique Nicole Friederich**
Gesundheitsreform auf dem Prüfstand – Solidarität durch Wettbewerb in der Krankenversicherung

Nr. 2007-3

Markus Beckmann

NePAD als Selbstbindungsinstrument: Stärken und Schwächen
des „African Peer Review Mechanism“